



Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform

19. Sitzung (öffentlich)

18. Oktober 2006

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:35 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Redaktion: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte:

Vor Eintritt in die Tagesordnung 1

1 Umsetzung der Verwaltungsstrukturreform in Nordrhein-Westfalen

hier: Versorgungsverwaltung

- Bericht durch PStS Manfred Palmen (IM) 1
- Diskussion 3

Landtag Nordrhein-Westfalen	- II -	APr 14/270
Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform		18.10.2006
19. Sitzung (öffentlich)		rß

2 Gegen PFT - Für sauberes Trinkwasser

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 14/2488

- Diskussion.....7
- Ergebnis.....8

3 Viertes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FluAG) und Zweites Gesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes (LAufG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2241

Stellungnahme 14/582

- Ergebnis.....8

4 Umsteuern beim „Solidarpakt Ost“ - Belastungen der NRW-Kommunen angemessen berücksichtigen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2484

In Verbindung damit:

**Benachteiligung von NRW-Kommunen abbauen - Mehr
Verteilungsgerechtigkeit beim Solidarpakt Ost**

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2542

Und:

**Benachteiligung von NRW-Kommunen abbauen - Mehr
Verteilungsgerechtigkeit beim Solidarpakt Ost**

Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 14/2747

- Ergebnis.....8

Landtag Nordrhein-Westfalen	- III -	APr 14/270
Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform		18.10.2006
19. Sitzung (öffentlich)		rß

5	Den Menschen in den Mittelpunkt stellen - Psychiatrieversorgung in NRW weiterentwickeln und ganzheitlich ausrichten	
	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/2105 - Neudruck	
	• Ergebnis	9
6	Rauchmelder in Wohnräumen - Die Landesbeuordnung zum Schutz von Menschenleben ändern!	
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/2479	
	• Diskussion	9
	• Ergebnis	10
7	Mieterinnen und Mieter als Spekulationsobjekt - Deutscher Real Estate Investment Trust (G-REIT) unterwirft den Wohnungsmarkt globalen Kapitalinteressen	
	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/2405	
	• Diskussion	11
	• Ergebnis	11
8	Den nordrhein-westfälischen Ansatz der Immobilien- und Standortgemeinschaften zur Stärkung von Innenstädten, Stadtteilzentren und Wohnquartieren weiterentwickeln!	
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/2583	
	• Ergebnis	12
	Nächste Sitzung: Mittwoch, 8. November 2006	12

dass Grundwasser und Trinkwasser schon erheblich belastet seien und wie man die Stoffe mit Filtertechniken wieder aus dem Wasser bekomme. Er bitte um Abstimmung.

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/2488 mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen ab.

3 **Viertes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes FluAG) und Zweites Gesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes (LAufG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2241

Stellungnahme 14/582

Der **Ausschuss** nimmt dem Gesetzentwurf ohne Debatte und Änderungen mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen an.

4 **Umsteuern beim „Solidarpakt Ost“ - Belastungen der NRW-Kommunen angemessen berücksichtigen**

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2484

In Verbindung damit:

**Benachteiligung von NRW-Kommunen abbauen - Mehr
Verteilungsgerechtigkeit beim Solidarpakt Ost**

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2542

Und:

**Benachteiligung von NRW-Kommunen abbauen - Mehr
Verteilungsgerechtigkeit beim Solidarpakt Ost**

Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 14/2747

Der **Ausschuss** kommt überein, den Punkt am 8. November zu behandeln. Darüber soll der mitberatende Haushalts- und Finanzausschuss informiert werden.

